

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

vom 27. Februar bis zum 1. März war wieder Sitzungswoche im Landtag. Einleitend hat unser Ministerpräsident Stephan Weil im Rahmen einer Regierungserklärung eine Zwischenbilanz der ersten 100 Tage der neuen Landesregierung gezogen. Darin bestätigte er auch meinen Eindruck, dass Rot-Schwarz als Zweckgemeinschaft funktioniert. SPD und

CDU arbeiten wesentlich kollegialer und ergebnisorientierter zusammen als das noch in der vergangenen Legislaturperiode der Fall war. Stephan Weil sprach von einem guten Anfang. Die bisherige Regierungsarbeit wurde besonders stark von dem Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes bestimmt. Hier wurde stark miteinander verhandelt, um die Ziele aus

unseren Koalitionsvereinbarungen nun auch zu realisieren. Erste Versprechen haben wir jetzt bereits mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes eingelöst.

Ihr und Euer



## Auf der Tagesordnung:

u. a.

### **Nachtragshaushalt 2018**

**Keine Beteiligung an Waffenexporten**

**Natura-2000 Gebiete**

**Neues Niedersächsisches Schulgesetz**

### Nachtragshaushalt 2018

Mit dem Nachtragshaushaltsgesetz haben wir das Haushaltsgesetz 2017/2018 der Neubildung der Landesregierung angepasst. Wichtige Kernpunkte aus der Regierungserklärung vom 22. November 2017 bzw. Inhalte aus der gemeinsamen Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU werden damit umgesetzt. Der termingerechten Umsetzung der vollständigen Kita-Gebührenfreiheit, personalwirtschaftlichen Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und auch der Stärkung des Polizeiverzugsdienstes steht so nichts mehr entgegen. Daneben setzen wir mit dem Nachtrag auch rechtlich verbindliche und damit zwangsläufige Maßnahmen um und pflegen die (geschätzten) Steuermehreinnahmen aus 2017 und 2018 in den Haushalt ein.

### Keine Beteiligung an Waffenexporten

An dieser Stelle gehe ich auf einen Entschließungsantrag der Grünen ein, den ich vollkommen teile. Um einen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung zu leisten, fordern die Grünen den Landtag dazu auf, sich nicht an Waffenexporten in Krisen- und Konfliktregionen zu beteiligen. Diesen Antrag kann ich als Friedensaktivist nur unterstützen. Niedersachsen und ganz Deutschland darf nicht an Kriegen und Krisen mitverdienen und mit für Fluchtgründe der Zivilbevölkerung sorgen. Sonst brauchen wir uns nicht über Massen an Flücht-

tenden wundern, die zu uns in Sicherheit kommen wollen. Das Land Niedersachsen muss sich im Bund dafür stark machen, dass der Export von Waffen - auch über Umwege - in Krisen- und Konfliktgebiete sowie Gebiete und Länder, in denen systematisch Menschenrechte verletzt werden, ausgeschlossen wird.

### Natura-2000 Gebiete

Wieder einmal versucht die FDP im Bereich Naturschutz zu mauern. Zu einem Antrag der FDP-Fraktion, Schutzmaßnahmen aufzuweichen, habe ich eine Gegenrede gehalten. Bis Ende 2018 müssen Natura-2000 Gebiete hoheitlich gesichert sein. In Niedersachsen sind das noch 232. Die Ausweisung von Natura-2000 Gebieten durch die Unteren Naturschutzbehörden garantiert die geforderte Beteiligung der Betroffenen in einem festgelegten Verfahren vor Ort. Verunsicherungen können wir aktuell überhaupt nicht gebrauchen. Wir wollen und müssen mit der Schutzgebietsausweisung endlich fertig werden. Über den Ausgleich von wirklichen Erschwernissen, insbesondere im Wald, können wir durchaus reden. Dazu wäre dann aber eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz notwendig. Auf die Beratungen im Ausschuss freue ich mich.

### Neues Niedersächsisches Schulgesetz

SPD und CDU liefern: Nach vielen Gesprächen in den vergangenen Wochen haben wir am Dienstag, wie versprochen, das Niedersächsische Schulgesetz überarbeitet und verabschiedet. Mit der Schulgesetznovelle dokumentiert die Regierung ihre Verbindlichkeit. Den im Januar vorgestellten Gesetzentwurf haben wir nach nachvollziehbar eindringlichen Einwendungen, insbesondere durch die Kommunen, noch etwas überarbeitet.

Zum Beispiel die Anhörungen zum neuen flexibleren **Einschulungskorridor** waren sehr konstruktiv. Es besteht Konsens, dass die Eltern darüber entscheiden sollen, ob ihr nicht einmal oder gerade erst 6-jähriges Kind schon zur Schule gehen soll oder besser noch ein Jahr im Kindergarten aufgehoben ist. Die Flexibilisierung des Einschulungsalters orientiert sich an der Entwicklung eines jeden einzelnen Kindes. Um den Kindergärten und Kommunen etwas mehr Planungssicherheit zu geben, haben wir den 1. Mai als Stichtag zur Entscheidung der Eltern eingeführt.

Auch die geplante Verlagerung der **Sprachförderung** auf die Kitas fand bei den Expertinnen und Experten für Bildung breite Zustimmung. Die Kitas sind gut aufgestellt, um die verantwortungsvolle Aufgabe der Sprachförderung von den Grundschulen zu übernehmen. Zur genauen Regelung werden wir das Kindertagesstättengesetz noch novellieren. Die Mittel der Sprachförderung aus dem schulischen Bereich werden 1:1 auf die Kitas übertragen. Auch die Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, werden wir nicht vergessen.

Das Thema „**Förderschulen Lernen**“ wird nach wie vor sehr kontrovers diskutiert. Das haben die Beratungen und auch meine zahlreichen Gespräche mit Eltern, Schulleitern und Lehrkräften gezeigt. Dennoch bleibt es dabei, dass wir die Behindertenrechtskonvention umsetzen müssen, was ich persönlich auch richtig finde. Inklusion betrifft uns alle. Damit wir überall in Niedersachsen der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarf näher kommen und den Übergang etwas erleichtern, schreiben SPD und CDU die Förderschulen Lernen bis zum Jahr 2028 fort. So bleibt etwas mehr Zeit, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.